

p.B.25.60.12.-MLS/sr

Bern, 18. November 1971

A k t e n n o t i zPalästinensische Präsenz  
in Genf1977  
14. Januar  
(Notiz)

Einem von palästinensischer Seite geäusserten Wunsche Folge leistend, erkundigt sich Herr Dr. H. Ellenberger bei Herrn Minister Gelzer nach den Möglichkeiten, in Genf ein Palästina-Büro zu eröffnen.

20. Januar  
Telegramm aus  
Washington)

Unsere Botschaft in Washington teilt uns auf eine entsprechende Anfrage hin mit, dass in New York ein Büro der Palestinian Liberation Organization ordnungsgemäss registriert sei. Die Mitglieder des Büros hätten das Recht, sich für die Ziele der PLO publizistisch und anderweitig einzusetzen.

27. Januar  
(Notiz)

Erste Aussprache mit dem Direktor der Fremdenpolizei und dem Chef der Bundespolizei. Die Vertreter der Polizeibehörden äussern sich eher negativ, sind aber sehr damit einverstanden, dass der Dialog mit den Vertretern der Palästinenser über ihr Anliegen fortgesetzt wird. Herr Dr. Mäder ist der Ansicht, dass der allfällige Vertreter der Palästinenser nicht Journalist sein

./.

- 2 -

sollte; er könnte sicher nicht in die "Association de la presse étrangère" aufgenommen werden. Man ist sich einig, dass die Vorsteher des EPD und des EJPD in informeller Weise auf dem laufenden gehalten werden müssen.

28. Januar  
(Notiz vom  
1. Februar)

Unterredung zwischen Herrn Brunner und Herrn Pfarrer Martin. Herr Martin erklärt, von der OLP beauftragt zu sein, mit den eidgenössischen Behörden die Möglichkeit der Eröffnung eines Büros der OLP in Genf zu sondieren. Er schlägt vor, dass ein als Journalist getarnter (sous le couvert d'un journaliste) Vertreter der OLP in Genf tätig sein könnte.

2. Februar  
(Notiz vom  
4. Februar)

Herr Botschafter Thalman orientiert den Departementsvorsteher über den Stand der Angelegenheit. Es ist vorgesehen, den Vorschlag von Herrn Martin, den Palästinensern zu gestatten, sich in Genf durch einen Journalisten vertreten zu lassen, weiterzuverfolgen.

17. Februar  
(Notiz vom  
18. Februar)

Zweite Aussprache mit den Herren Dr. Mäder und Dr. Amstein. Für Herrn Dr. Amstein würde die Eröffnung eines Palästina-Büros mehr Nach- als Vorteile zeitigen.

18. Februar  
(Notiz vom  
19. Februar)

Die Herren Ellenberger und Martin sprechen bei Herrn Minister Gelzer vor. Man bespricht in grossen Zügen die Befugnisse, die allenfalls einem Vertreter der Palästinenser eingeräumt werden könnten. Die Vertretung sollte möglichst unauffällig sein.

./.

25. Februar  
(Notiz vom  
26. Februar)
- Herr Brunner und Herr Simonin empfangen die beiden Palästinenser Abou Omar und D. Barakat, die von den Herren Ellenberger und Martin begleitet wurden. Der Vorschlag, den palästinensischen Vertreter in der Schweiz als Journalisten des offiziellen Organs der OLP anzumelden, findet Anklang. Die Palästinenser legen grossen Wert auf die Informationstätigkeit dieses Journalisten. Diesem soll gestattet sein, ein Bulletin zu verbreiten, Interviews zu geben und gegebenenfalls in öffentlichen Verhandlungen seine Meinung zum Ausdruck zu bringen. Die Palästinenser sind andererseits damit einverstanden, ~~dass~~ auf äussere Insignien wie Visitenkarten, Büroschilder etc. zu verzichten.
26. Februar  
(Notiz des Informations- und  
Pressedienstes)
- Ein ausländischer Journalist kann sich im allgemeinen ohne grosse Schwierigkeiten bei den Vereinigten Nationen in Genf akkreditieren lassen. Um in die "Association de la presse étrangère en Suisse" aufgenommen zu werden, muss sich ein Journalist jedoch über eine erfolgreiche Journalistentätigkeit ausweisen können.
4. März  
(Notiz)
- Herr Botschafter Keller und Herr Minister Gelzer orientieren Herrn Regierungsrat Schmitt, Genf, über das <sup>palästinensische</sup> ~~politische~~ Anliegen. Herr Schmitt reagiert nicht grundsätzlich negativ, äussert aber gewisse Bedenken in bezug auf die vorgesehene Informationstätigkeit.
4. März  
(Notiz)
- Orientierung des Departementschefs im Hinblick auf die Bundesratsitzung vom 15. März 1971 über

den Stand der Angelegenheit. In der entsprechenden Notiz wird unter anderem festgehalten, es sei vorgesehen, dass sich die Palästinenser durch einen Journalisten vertreten lassen könnten. Ein Informationsbüro ~~keine~~ mit einer entsprechenden An-  
<sup>käme</sup>schrift hingegen kaum in Frage.

10. März  
 (Notiz vom  
 15. März)

Dritte Aussprache mit der Fremdenpolizei und der Bundespolizei. Vorsitz Herr Botschafter Thalmann. Das Politische Departement sieht in der Möglichkeit, mit den Palästinensern Kontakt aufnehmen zu können, gewisse Vorteile und schlägt vor, einem palästinensischen Journalisten, Vertreter des offiziellen Organs der OLP, die Aufenthaltsbewilligung in Genf zu erteilen. Die Polizeibehörden sind immer noch eher skeptisch, obwohl sie gewisse Vorteile, die mit der palästinensischen Präsenz in der Schweiz verbunden wären, nicht verkennen. Herr Dr. Amstein bemerkt, dass der Journalist eine gewisse Handlungsfreiheit haben müsse; wenn ihm nur wenig Freiheit zugestanden werde, was der Fall sein sollte, könnte man ebenso gut nein sagen. Man kommt dennoch grundsätzlich überein, die Aufenthaltsbewilligung für einen palästinensischen Journalisten in Genf zu befürworten; die Grenzen der ihm erlaubten Tätigkeit müssen noch festgelegt werden.

- 5 -

15. März Herr Bundesrat Graber setzt den Bundesrat anlässlich einer Aussprache davon in Kenntnis, dass in dieser Angelegenheit zwischen Beamten des EPD und Vertretern der Palästinenser gewisse Kontakte stattgefunden haben.
2. April (Notiz) Orientierung des Departementschefs über die Tätigkeit des palästinensischen Vertreters sowie über die Bedingungen, die diesem gestellt werden. vorge-  
sehene
19. April (Schreiben der Fremdenpolizei) Die Fremdenpolizei unterbreitet dem Justiz- und Polizeidepartement des Kantons Genf eine kurze, das palästinensische Anliegen betreffende Übersicht sowie die am 6. April 1971 von den interessierten Behörden (Fremdenpolizei, Bundespolizei und EPD) ausgearbeiteten Bedingungen, unter denen die Bewilligung eines Palästina-Büros gestattet werden kann, und ersucht die Genfer Behörden um Stellungnahme. Aus der erwähnten Übersicht sei insbesondere folgender Passus hervorgehoben:
- "Pour des raisons de contrôle et de transparence il a paru opportun d'autoriser l'ouverture d'un bureau d'information palestinien avec siège fixe cela conformément au désir des intéressés. Les responsables palestiniens devront s'engager à n'accomplir leur travail d'information que par le truchement du bureau autorisé."

./.

- 6 -

3. Mai  
(Schreiben des  
Justiz- und Poli-  
zeidepartements  
des Kantons Genf)
- Die Genfer Regierung ist mit der Eröffnung eines palästinensischen Informationsbüros grundsätzlich einverstanden.
10. Mai  
(Schreiben des  
Departements)
- Unsere Botschaft in Amman erhält die Bedingungen und wird ersucht, diese Abou Omar zur Kenntnis zu bringen. Falls dies nicht möglich wäre, soll es den Palästinensern überlassen werden, mit uns in der Schweiz Verbindung aufzunehmen.
12. Mai  
(Telegramm unserer  
Botschaft in Amman)
- Abou Omar zieht es vor, von den Bedingungen in der Schweiz Kenntnis zu nehmen.
25. Juni  
(Schreiben vom  
28. Juni 1971 nach  
Amman)
- Den Herren Ellenberger und Martin werden zu Händen der Palästinenser die Bedingungen übergeben.
31. Juli  
(Schreiben vom  
3. August 1971 von  
unserer Botschaft  
in Kairo)
- Drei ägyptische Tageszeitungen veröffentlichen die Meldung, das EPD habe die OLP ermächtigt, in Genf ein Informationsbüro zu eröffnen.
2. August  
(Notiz vom  
4. August 1971)
- Herr Allon, erster Sekretär der israelischen Botschaft in Bern, ersucht um nähere Auskünfte über das palästinensische Informationsbüro.

./.

- 7 -

4. August  
(Notiz vom  
5. August 1971)
- Herr Barakat spricht in Bern vor. Er erklärt sich im Namen der OLP mit den ihm von Herrn Ellenberger übergebenen Bedingungen einverstanden. Herrn Barakat wurde bei dieser Gelegenheit deutlich klar gemacht, dass er als diplomatisches Mitglied einer offiziellen Delegation in Genf nicht gleichzeitig<sup>auch</sup> als Vertreter der OLP in der Schweiz tätig sein könne.
6. August  
(Telegramm, resp.  
Zirkularschreiben)
- Orientierung unserer am geplanten Palästina-Büro interessierten Vertretungen.
8. August  
(Schreiben von  
Herrn Barakat)
- Herr Barakat sagt schriftlich zu, der Vertreter der OLP werde die von uns gestellten Bedingungen einhalten.
9. August  
(Notiz)
- Herr Barakat teilt telefonisch mit, er bleibe Mitglied der yemenitischen Delegation und werde das Informationsbüro nicht leiten.
9. August  
(Telegramm vom  
10. August 1971)
- Herr Botschafter Hess wird anlässlich eines Routinebesuches von Aussenminister Eban um Aufklärung über das OLP-Büro in Genf ersucht. Herr Hess erläuterte unsere Haltung.
10. August  
(Telegramm an Amman  
vom 11. August 1971)
- Der jordanische Vertreter in Genf lässt sich von Herrn Minister Gelzer vertraulich über das geplante Palästina-Büro informieren.
11. August  
(Telegramm vom 12. August nach Tel-Aviv)
- Der israelische Botschafter in Bern brachte Herrn Minister Gelzer gegenüber die Besorgnis der israelischen Regierung über das palästinensische Büro zum Ausdruck. Er wurde

- 8 -

über die Haltung der zuständigen Behörden in dieser Angelegenheit orientiert.

11. August  
(Notiz)

Orientierung des Departementschefs über die israelischen und jordanischen Demarchen sowie über die Antwort der Palästinenser, die mit den Bedingungen, innerhalb derer die Aktivität des Informationsbüros gestattet ist, einverstanden sind.

11. August

Herr Bundesrat Graber orientiert den Bundesrat über das Gespräch unseres Botschafters in Israel mit Aussenminister Eban. Des weitern weist er darauf hin, dass Herr Barakat sich entschlossen hat, Mitglied der yemenitischen Delegation in Genf zu bleiben, d.h. er wird das palästinensische Informationsbüro nicht leiten.

24. August  
(Schreiben unserer Mission in Genf vom 7. Oktober 1971)

Herr Barakat lässt den arabischen Delegationen in Genf folgendes Schreiben zukommen:

"Un accord a été conclu entre les autorités fédérales suisses et l'OLP pour la création d'un bureau d'information politique en Suisse, dépendant de l'Organisation et dont le siège aura pour ville Genève. La création d'un tel bureau nécessite un appui financier et moral afin de pouvoir assumer les responsabilités pour lesquelles il a été créé.

Nous vous prions de transmettre ce sujet au Gouvernement ....., qui nous a habitués à

./.

- 9 -

se trouver à l'avant-garde dans l'appui pour la lutte du peuple palestinien.

Veillez agréer, .....

(signé) Barakat

Délégué de l'OLP, Bureau de la  
Ligue arabe à Genève"

2. September  
(Notiz)

Orientierung des Departementschefs im Hinblick auf die Sitzung der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrates vom 6. September.

6. September

Herr Bundesrat Graber orientiert die Aussenpolitische Kommission des Nationalrates. Er hält insbesondere fest, dass mit der vorgesehenen Erteilung einer Aufenthaltsbewilligung an einen palästinensischen Journalisten (Verbindungsmann zur OLP) keineswegs eine Anerkennung der palästinensischen Bewegung verbunden ist.

14. September 1971  
(Notiz)

Herr Barakat kommt nach Bern und teilt mit, bis auf weiteres soll Fräulein Zeinat mit der Führung des Büros betraut werden. Er erklärt des weitern, es sei beabsichtigt, in Genf eine Bibliothek über Palästina einzurichten.

5. Oktober

Kleine Anfrage Eisenring betreffend palästinensisches Informationsbüro in Genf.

17. November

Beantwortung der Kleinen Anfrage Eisenring gemäss Beilage.